

**Schwedens Wohlfahrtsstaat im Wandel – Das Ende des
sozialdemokratischen Vorbildes**

Prof. Dr. Sven Jochem

Universität Konstanz

E-Mail: sven.jochem@uni-konstanz.de

Zeichen inklusive Leerzeichen: 22.526 (Ziel: 12.000-15.000)

Datum: 07.11.2018

Vortragsmanuskript zur schwedischen Sozialpolitik für die Konferenz:

„Lernen vom besten Land der Welt – Ein Blick aus Deutschland auf Schweden“,

Schader-Stiftung, Darmstadt, 5./6. Juni 2018

1 Einleitung

Zahlreiche Facetten von Politik und Gesellschaft in Schweden werden in Öffentlichkeit und wissenschaftlicher Debatte als vorbildlich wahrgenommen. Zahlreiche Berichte in den unterschiedlichsten Medien vergöttern nahezu Aspekte der schwedischen Politik nahezu.¹ Auch in Wissenschaft und Forschung wird dem schwedischen Wohlfahrtsstaat eine vorbildliche Rolle zugesprochen (Esping-Andersen 1985, 1990, 1999). Diese und weitere Studien führen dazu, dass in der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung Schweden noch heute als Vorbild einer sozialdemokratisch geprägten Politik dient.

Die besondere Leistungskraft des schwedischen Wohlfahrtsstaates wird durchaus durch Befunde der empirischen Gerechtigkeitsforschung gestützt (vgl. Bertelsmann 2017).² Nach den jüngsten Studien der Bertelsmann-Stiftung rangiert zwar Dänemark auf dem ersten Platz von insgesamt 28 europäischen Staaten. Diese Spitzenposition hatte jedoch seit der erstmaligen Messung dieses Indexes im Jahre 2008 permanent Schweden inne. Folgt man diesen empirischen Vermessungen sozialer Gerechtigkeit, dann ist also etwas dran, am Vorbild Schweden.

Diese Spitzenposition des schwedischen Wohlfahrtsstaates wird jedoch durch andere empirische Analysen hinterfragt. Zum einen ist Schweden nicht bei den Sozialausgaben in der unmittelbaren Spitzengruppe (OECD 2015). Werden die Brutto-Sozialausgaben betrachtet, rangiert Schweden auf Rangplatz sieben. An der Spitze des internationalen Vergleichs rangieren Länder wie Frankreich, Finnland oder auch Belgien; Deutschland befindet sich bei diesen Analysen auf dem achten Rang. Zum anderen mehrten sich Studien, die in der jüngsten Vergangenheit zahlreiche Reformen des schwedischen Wohlfahrtsstaates ausmachen. Diese Reformen hätten deutliche Veränderungen, Einsparungen und auch Rückbauten des schwedischen Wohlfahrtsstaates impliziert. Jenseits von Ausgabedaten attestieren diese Studien programmatische Veränderungen der schwedischen Sozialpolitik und machtpolitische

¹ Vgl. hierzu den kritischen Beitrag von Bernd Henningsen in diesem Band. In wohlfahrtsstaatlicher Perspektive sei vor allem auf den Beitrag im Economist verwiesen: The Nordic Countries: The Next Supermodel (<http://www.economist.com/news/leaders/21571136-politicians-both-right-and-left-could-learn-nordic-countries-next-supermodel>). Allerdings sollten auch nicht Beiträge verschwiegen werden, die eher Dystopien zu Schweden und dem Norden liefern, so z.B. Michael Booth im Jahr 2014 im Guardian: Dark lands: the grim truth behind the ‚Scandinavian Miracle‘ (<http://www.theguardian.com/world/2014/jan/27/scandinavian-miracle-brutal-truth-denmark-norway-sweden>).

² Die Analysen zur sozialen Gerechtigkeit sind im Internet abrufbar unter: http://news.sgi-network.org/uploads/tx_amsgistudies/Social-Justice-in-the-EU-2016.pdf. Auf eine methodische Kritik an diesem Vorgehen kann hier nicht weiter eingegangen werden.

Verwerfungen, die eine Vorbildrolle des Landes hinfällig erscheinen lassen (vgl. Mehrrens 2014, Svallfors 2015, Svallfors/Tyllström 2017).

Ziel dieses Beitrages ist es, die wohlfahrtsstaatliche Politik Schwedens aus einer international vergleichenden Perspektive zu beleuchten. Was kann im Bereich der wohlfahrtsstaatlichen Politik gegenwärtig von Schweden – jenseits mystischer Verklärungen und in die Zeit gekommener Stereotypen – gelernt werden? In diesem Beitrag vertrete ich die These, dass sich die schwedische Sozialpolitik spätestens seit der ökonomischen Krise der frühen 1990er Jahre einschneidend verändert. Der schwedische Sozialstaat wurde auf breiter Front dereguliert, privatisiert und in seiner Generosität deutlich eingeschränkt. Einzig im Bereich der Bildungs-, Ausbildungs- sowie Weiterbildungspolitik lassen sich noch vorbildliche Politiken des schwedischen Wohlfahrtsstaates ausmachen (vgl. Horn/van Kersbergen 2018). Kurzum: der schwedische Wohlfahrtsstaat hat seine Vorbildlichkeit eingebüßt. Dies kann auf innenpolitische Veränderungen (das Erstarken der bürgerlichen Parteien, die Schwächung der Arbeiterbewegung oder allgemein auch die Schwächung der Sozialpartnerschaft) im Zusammenspiel mit außenpolitischen Herausforderungen (Finanzkrise der frühen 1990er Jahre sowie vor allem die Integration des Landes in die EU) zurückgeführt werden.

2 Säulen des schwedischen Wohlfahrtsstaates

Der dänische Sozialwissenschaftler Gøsta Esping-Andersen hat mit seinen vergleichenden Studien zu wohlfahrtsstaatlichen Politiken maßgeblich die Vorbildrolle des schwedischen Wohlfahrtsstaates in der wissenschaftlichen Debatte begründet (Esping-Andersen 1985, 1990, 1999). Sein Verständnis wohlfahrtsstaatlicher Politik gipfelt in der Annahme, dass Sozialpolitik „politics against markets“ sei (Esping-Andersen 1985). Jegliche wohlfahrtsstaatliche Politik zeichne sich quasi durch eine Einhegung von Marktdynamiken aus. Die schwedische Sozialpolitik sei demzufolge vorbildlich in der Lage, den Warencharakter von Arbeit – wie es Karl Marx ausgedrückt hat – aufzuheben.

Neben dieser allgemeinen Charakterisierung des schwedischen Wohlfahrtsstaates lassen sich sieben weitere Charakteristika schwedischer Sozialpolitik in der Literatur ausmachen (vgl. z.B. Pierre 2016, Henningsen 2013, Hort 2014), die hier nur kurz vorgestellt werden: *Erstens* wird hervorgehoben, dass die schwedische Sozialpolitik auf einer starken Staatlichkeit basiere. *Zweitens* sei diese Sozialpolitik universalistisch, d.h. Sozialpolitik und soziale Dienstleistungen seien für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zugänglich, ohne dass

nach Einkommen, Status oder gar Ethnie differenziert werde. *Drittens* fuße der schwedische Wohlfahrtsstaat auf dem Prinzip der Gleichheit sowie Gleichberechtigung. *Viertens* gründe der schwedische Wohlfahrtsstaat auf einer homogenen Gesellschaft. *Fünftens* wird betont, dass der schwedische Wohlfahrtsstaat auf einer Stärkung der Arbeit, einer Arbeitsgesellschaft mit ausgeprägtem Arbeitsethos aufbaue. *Sechstens* wird attestiert (aber auch kritisiert), dass der schwedische Wohlfahrtsstaat zu einer „Verstaatlichung“ der Familie geführt habe.³ *Siebtens* und letztlich sei ein Charakteristikum schwedischer Sozialpolitik in der starken Betonung der Bildungs- und Aktivierungspolitik zu sehen, was gegenwärtig als „social-investment policies“ umschrieben wird.

Die solchermaßen zu charakterisierende Sozialpolitik besitzt eine Sollbruchstelle. Die Finanzierung eines generösen, universellen und auf staatliche Organe setzenden Sozialstaates impliziert eine große monetäre Basis für die Erhebung von Steuern sowie Sozialabgaben. Just an diesem Punkt entscheidet sich ihre Machbarkeit. Wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird, führten ökonomische Krisen, eine forcierte Austeritätspolitik sowie eine aufkeimende Kritik am Steuerstaat zu politischen Machtverschiebungen und rückführenden, libertären Reformen.

3 Libertäre Reformpolitik in Schweden

Der schwedische Wohlfahrtsstaat hat sich gewandelt. Ursächlich für diesen Wandel sind drei Zäsuren schwedischer Politik: erstens die Finanzkrise in den frühen 1990er Jahren, zweitens die Anpassung schwedischer Politik an die Erfordernisse der europäischen Integration sowie drittens der sich seit Beginn der Nuller Jahre verändernde Parteienwettbewerb mit einer sich verstärkenden bürgerlichen Dominanz.

Die *schwedische Finanzkrise* zu Beginn der 1990er Jahre führte schlagartig zu einer fiskalischen Unwucht im schwedischen Wohlfahrtsstaat. Die Ausgaben stiegen ebenso rasch an, wie die Arbeitslosigkeit in für schwedische Verhältnisse außergewöhnliche Höhen stieg. Während die damalige bürgerliche Minderheitskoalition (1991-1994) nicht in der Lage war, die sprunghaft angestiegene Verschuldung einzudämmen, gelang dies den sozialdemokratischen Regierungen unter der Führung von Göran Persson nach 1994 mit

³ Dieser Aspekt wird vor allem von Michael Haus in diesem Band im Rückgriff auf die Studien von Henrik Berggren und Lars Trädgårdh (2016) betont. Michael Haus zufolge zeichne sich die schwedische Politik durch eine Koalition zwischen Staat und Individuum aus, kollektive Gemeinschaften (vor allem religiöser Art) seien weniger bedeutsam für die individuelle Lebensgestaltung. Durch eine solche Politik werde das Individuum von familiären oder kollektiven Abhängigkeiten befreit.

großem Erfolg. Die rigorose Sparpolitik unter Göran Persson implizierte hohe Steuern und gleichzeitiges Sparen im Bereich der Sozialpolitik. Damit unterspülte die sozialdemokratische Konsolidierungspolitik allerdings einen wichtigen Pfeiler des schwedischen Modells, demzufolge die schwedische Bevölkerung dann bereit sei hohe Steuerlasten zu tragen, wenn sie – vor allem die schwedische Mittelschicht – davon auch durch wohlfahrtstaatliche Transferleistungen profitiere.

Mit dem *Beitritt Schwedens zur EU* (1994) wurden erneute Korrekturen am schwedischen Sozialstaat notwendig. Ziel der bürgerlichen als auch der linken Parteien war es, einen „Wohlfahrtstourismus“ zu vermeiden. Die sozialen Transferleistungen, die nach einem universalistischen Prinzip geformt waren, wurden seither verstärkt an die Aufenthaltsdauer einer Person in Schweden gekoppelt. Augenscheinlicheres Beispiel dieser Reformlogik war die Reform der Rentenpolitik (1994-1998) (Anderson/Immergut 2006). Im Reformprozess wurde der universelle Charakter der Grundrente eingeschränkt und an die Aufenthaltsdauer der betreffenden Person in Schweden gekoppelt. Diese Reform im schwedischen Rentensystem, dem „Diamanten in der Krone des schwedischen Wohlfahrtsstaates“ (Lundberg 2003), zeigte mit aller Deutlichkeit, dass europäische Entgrenzungen universalistische Sozialpolitiken erschweren.

Der *schwedische Parteienwettbewerb* in den goldenen Jahren des Modells war geprägt durch eine Hegemonie der sozialdemokratischen Partei (SAP) sowie der programmatischen und organisatorischen Zersplitterung des bürgerlichen Parteienspektrums (Möller 1986). Während die bürgerliche Koalition zu Beginn der 1990er Jahre noch zu schwach war, gravierende Veränderungen in der schwedischen Sozialpolitik umzusetzen, änderte sich dies mit der Wahl im Jahr 2006 (Jochem 2006). Auf Initiative der konservativen Partei (M) kam es im bürgerlichen Lager zu programmatischen Verhandlungen, die vor der Wahl zum schwedischen Reichstag zur Gründung eines Parteienbündnisses („Allianz für Schweden“), bestehend aus Konservativer Partei, Zentrumspartei, Liberale Partei sowie Christdemokraten führte. In der Allianz war die programmatisch in die Mitte gerückte Konservative Partei (M) als stärkste Partei des bürgerlichen Lagers zwar federführend, aber es kam bei allen vier bürgerlichen Parteien zu programmatischen Annäherungen und wechselseitigen Tauschgeschäften. Auf diese Weise konnte die Allianz geschlossen in den Wahlkampf ziehen und die sozialdemokratische Minderheitsregierung mit einer bürgerlichen Mehrheitskoalition ablösen.

Die bürgerliche Regierungszeit (2006-2014) war weniger gekennzeichnet durch große, einschneidende Reformen, sondern eher durch viele kleine Reformen, die sich allerdings im Laufe der Zeit zu großen Veränderungen am schwedischen Modell kulminierten (Jochem 2015). *Erstens* forcierte die bürgerliche Allianz für Schweden die Privatisierungspolitik sowie eine Deregulierung und Dezentralisierung des schwedischen Wohlfahrtsstaates (vor allem auch im Gesundheits- und Bildungsbereich). *Zweitens* führte die bürgerliche Allianz immer wieder Steuersenkungen durch, die das finanzielle Fundament des schwedischen Wohlfahrtsstaates schrittweise aushöhlte. Innerhalb der OECD gibt es wenige Länder, die so kontinuierlich und erfolgreich die Staats- sowie Sozialausgaben seit Beginn der Nullerjahre zurückführten. *Drittens* erodierte die Sozialpartnerschaft in dieser Zeit weiter. In der Konsequenz dieser drei Reformstrategien wurde der schwedische Sozialstaat eingeschränkt, privatisiert, und dereguliert. Diese Politik führte zu einer zunehmenden Lohnungleichheit sowie insgesamt einer auch im internationalen Vergleich außergewöhnlich rasch ansteigenden materiellen Einkommensungleichheit. Das gesamte schwedische Modell erfuhr eine neue politische Ordnung (Svallfors/Tyllström 2017).

4 Rettungsversuche

Mit dem Regierungswechsel im Jahr 2014 war es das erklärte Ziel der rot-grünen Minderheitskoalition unter der Führung von Stefan Löfven (SAP), das alte sozialdemokratische Modell wohlfahrtsstaatlicher Politik zu retten. Ein erster Schritt bestand darin, dass sich die Sozialdemokratie den Begriff „nordisches Modell“ mit einem Copyright sichern ließ (Lundberg 2015). Neben diesem symbolischen – und auch im Ausland viel belächelten – Akt war die SAP vor allem darum bemüht, die parlamentarische Pattsituation zu überwinden.

Der schwedische Parteienwettbewerb veränderte sich mit dem Einzug der rechtspopulistischen Schwedendemokraten (SD) im Jahr 2010 erneut. Die Schwedendemokraten konnten sich strategisch geschickt als Zünglein an der parlamentarischen Waage profilieren. Der rot-grünen Minderheitskoalition gelang es bis 2014 nicht, die Blocklogik im schwedischen Parteienwettbewerb grundsätzlich zu überwinden. Sie regierte teilweise mit Unterstützung der Linkspartei, teilweise suchte sie Kompromisse mit

den Parteien der Allianz.⁴ Zwar deuten Daten des gesetzgeberischen Outputs nicht darauf hin, dass es eine Reformblockade in dem Sinne gibt, dass keine Gesetze mehr verabschiedet werden (Lindvall et al. 2017). Vielmehr waren die Reformen der rot-grünen Minderheitsregierung Kompromisse des kleinsten gemeinsamen Nenners. Aus diesen Gründen ist die Regierungsbilanz der rot-grünen Koalition (2014-2018) ambivalent. Zwar konnte ein Auseinanderbrechen der Koalition auch nach großen Krisen verhindert werden⁵, aber große Reformen und eine Kurskorrektur schwedischer Sozialpolitik konnten durch diese Minderheitskoalition unter den gegebenen Umständen im Parlament nicht verabschiedet werden.

Die Flüchtlingskrise nach 2015 führte zu einer weiteren radikalen Umkehr sozialdemokratischer Regierungspolitik. Indem die dänische Regierung die Grenzen für Flüchtlinge öffnete und diese bis zur schwedischen Grenze ziehen ließ, setzte sie die schwedische Regierung unter massiven Handlungszwang. Die rot-grüne Koalition hielt diesen Druck zwar stand, allerdings zum Preis, dass die schwedische Migrationspolitik deutlich eingeschränkt wurde. Die schwedische Sozialdemokratie orientiert sich in dieser politisch brisanten Frage eher an der dänischen Sozialdemokratie, die gegenwärtig über offene Koalitionen mit der rechtspopulistischen Partei Dänemarks nachdenkt (Nedergaard 2018).

Die Schwedendemokraten nutzen die Blockade der schwedischen Demokratie strategisch geschickt aus. Ihr Vorsitzender, Jimmy Åkesson, forderte im Wahlkampf 2018 im Namen seiner Partei immer wieder eine Wiederbelebung des schwedischen Volksheimes ein, er wolle ein „modernes Volksheim“, worunter er eine bessere soziale Absicherung der Schwedinnen und Schweden verstand und eine deutlich geringere Absicherung von Nicht-Schweden.⁶ Mit dieser Strategie gelang es der Partei, zunehmenden Rückhalt in der Gesellschaft sowie auch in

⁴ Im Wahlkampf 2018 betonte Ministerpräsident Stefan Löfven (SAP), dass in der vergangenen Legislaturperiode insgesamt 26 solcher Pakte über die Lagergrenzen des Parlamentes vor allem in den Bereichen Energie, Verteidigung und Klima abgeschlossen worden seien. In zentralen steuer- und wohlfahrtsstaatlichen Bereichen konnte die rot-grüne Minderheitsregierung die Vetomacht der Allianz allerdings nicht aufbrechen.

⁵ Es sei nur kurz erwähnt, dass die blockierte Lage im schwedischen Parlament im Jahr 2014 dazu führte, dass die neu gewählte rot-grüne Minderheitskoalition mit ihrem Haushaltsentwurf im Parlament scheiterte und mit einem Budget der Opposition regieren musste. Die angedrohte Neuwahl wurde durch die sogenannte Dezemberübereinkunft zwar vermieden, allerdings scheiterte diese Übereinkunft, die neue Regeln des Minderheitsparlamentarismus und eine blocküberschreitende Kooperation in zentralen Politikfeldern ermöglichen sollte nach gerade mal einem halben Jahr. Die bürgerlichen Parteien deuten diese Absprache richtigerweise als Einschränkung ihrer strategischen Handlungsmöglichkeiten im schwedischen Minderheitsparlamentarismus. Vgl. dazu den Blog-Eintrag des Verfassers: <https://nofoblog.hypotheses.org/89>.

⁶ Es stellt sich allerdings dann die Frage, was einen Schweden und eine Schwedin auszeichnet. Teile der Schwedendemokraten stufen zum Beispiel gar die Samen, die nordische Urbevölkerung, als Nicht-Schweden ein.

der Arbeiterbewegung Schwedens zu erlangen. Sie sind gegenwärtig die drittgrößte Partei im Reichstag.

Mit aller Deutlichkeit zeigt die Regierungsbildung nach der Reichstagswahl 2018 die tiefgreifende Blockade der schwedischen Demokratie. Weder das linke noch das rechte Lager können eigene Mehrheiten bilden. Die Schwedendemokraten sind solange das Zünglein an der parlamentarischen Waage, bis die Lagergrenzen aufgeweicht werden. Gegenwärtig (Anfang November 2018) ist die Regierungsbildung in Schweden offen. Weder ist entschieden, ob die Allianz zerbricht und die Konservative Partei in Koalition mit den Christdemokraten sich von den Schwedendemokraten in einer Minderheitskoalition dulden lassen. Noch ist es entschieden, ob es der Sozialdemokratie gelingt, die Allianz aufzubrechen und die Zentrums- sowie die Liberale Partei zu einer Koalition oder einer Duldung einer rot-grünen Minderheitskoalition zu bewegen.

5 Fazit

Die schwedische Sozialpolitik hat sich grundlegend gewandelt. Die Rolle eines sozialdemokratischen Vorbildes, wie von Esping-Andersen in seinen Schriften proklamiert (1985, 1990, 1999), ist nur noch schemenhaft zu erkennen. Weder sind die Sozialleistungen in Schweden besonders generös, noch besticht die schwedische Sozialpolitik durch eine eindeutige Reformpolitik. Zwar ist die materielle Ungleichheit noch niedriger als zum Beispiel in Deutschland, aber es gibt nur wenige Länder, in denen die materielle Ungleichheit schneller angestiegen ist als in Schweden. Eine nüchterne Bestandsaufnahme der schwedischen Sozialpolitik seit den frühen 1990er Jahren kommt daher zu dem Schluss, dass sich die Besonderheiten des prominentesten sozialdemokratischen Wohlfahrtsmodells im Norden merklich abgeschliffen haben (Svallfors 2015, Svallfors/Tyllström 2017, Jochem 2015).

Gibt es Möglichkeiten einer Kurskorrektur? Gegenwärtig erscheint die schwedische Demokratie blockiert zu sein. Auch in Schweden verwirrt eine rechtspolitische Partei den gewohnten demokratischen Wettbewerb. Gleichzeitig schwächt der Rechtspopulismus die Machtgrundlagen der Sozialdemokratie, wildert er doch erfolgreich im ureigenen sozialdemokratischen Politikfeld, der wohlfahrtsstaatlichen Politik. Wie in anderen europäischen Ländern auch, ist die schwedische Sozialdemokratie gespalten zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen. Am Ende des Jahres 2018 scheint die strategische

Ausrichtung der schwedischen Sozialdemokratie nach rechts erfolgt zu sein. Insbesondere in den politisch brisanten Fragen von Migration und Zuwanderung schwenkt sie eher auf einen nationalen Kurs um. Insofern folgt die SAP dem Beispiel der dänischen Sozialdemokratie, die sich nicht nur programmatisch deutlich nach rechts bewegt hat, sondern auch eine offene Zusammenarbeit mit der Dänischen Volkspartei anstrebt (Nedergaard 2018). Es ist eine Ironie der Geschichte, dass in der schwedischen Politik oft das deutsche Modell einer Großen Koalition (der Mitteparteien) lobend diskutiert wird. Die Frage ist also, wer gegenwärtig für wen Vorbild ist und sein soll.

Literatur

- Anderson, Karen M./Immergut, Ellen M. 2006: Sweden: after social democracy, in: Immergut, Ellen M./Anderson, Karen M./Schulze, Isabelle (ed.): *The Handbook of West European Pension Politics*, Oxford, 349-395.
- Berggren, Henrik/Trägårdh, Lars 2016: *Ist der Schwede ein Mensch. Was wir von unseren nordischen Nachbarn lernen können und wo wir uns in ihnen täuschen*, München.
- Esping-Andersen, Gøsta 1985: *Politics against Markets: The Social Democratic Road to Power*, Princeton.
- Esping-Andersen, Gøsta 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Oxford.
- Esping-Andersen, Gøsta 1999: *Social Foundations of Postindustrial Economies*, New York.
- Henningsen, Bernd 2013: *Gemeinschaft versus Staat, Nation versus Europa. Nordeuropäische Gemeinschaftskonstruktionen und die modernen Traditionsbrüche*, in: Lehnert, Detlef (Hrsg.): *Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim“ im Vergleich 1900-1938*, Wien u.a., 39-72.
- Horn, Alexander/van Kersbergen, Kees 2018: *Ein Konsens, der noch halt. Soziale Investitionen haben in Skandinavien breite politische Unterstützung*, in: *WZB Mitteilungen* 161/2018, 62-64.
- Hort, Sven E. O. 2014: *Social Policy, Welfare State, and Civil Society in Sweden, Volume II: The Lost World of Social Democracy 1988-2015*, Lund.
- Jochem, Sven 2006: *Die Reichstagswahl 2006 als Zäsur der schwedischen Parteiengeschichte*, in: *Nordeuropaforum*, 2006, 5-24.
- Jochem, Sven 2015: *Reformpolitik im schwedischen Sozialstaat. Formen, Gründe und Konsequenzen der Austeritätspolitik*, in: *Wirtschaftspolitische Blätter*, 62, 603-614.
- Lindvall, Johannes/Bäck, Hanna/Dahlström, Carl/Naurin, Elin/Teorell, Jan, 2017: *Samverkan och strid i den parlamentariska demokratin, SNS Demokratirapport 2017*, Stockholm.
- Lundberg, Urban 2003: *Juvelen i Kronan: Socialdemokraterna och den allmänna pensionen*, Stockholm.
- Lundberg, Urban 2015: *Das nordische Modell: sozialdemokratisches Markenzeichen oder gemeinsames kulturelles Erbe?*, in: Henningsen, Bernd/Jochem, Sven/Frech, Siegfried (Hg.): *Das politische Skandinavien. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur*, Schwalbach/Ts., 37-62.
- Mehrtens, Philip 2014: *Staatsschulden und Staatstätigkeit. Zur Transformation der politischen Ökonomie Schwedens*, Frankfurt am Main.
- Möller, Tommy, 1986: *Borgerlig samverkan*, Uppsala.

- Nedergaard, Peter 2018: Zurück zu den Wurzeln: Warum fordert die dänische Sozialdemokratie eine restriktive Einwanderungspolitik? Friedrich-Ebert-Stiftung (<https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/14497.pdf>).
- OECD 2015: In it together – Why less inequality benefits all, Paris.
- Pierre, Jon (ed.) 2016: The Oxford Handbook of Swedish Politics, Oxford.
- Svallfors, Stefan 2015: Politics as Organized Combat. New Players and New Rules of the Game in Sweden, MPIfG Discussion Paper 15/2, Köln.
- Svallfors, Stefan/Tyllström, Anna 2017: Lobbying for Profits: Private Companies and the Privatization of the Welfare State in Sweden, Institutet för framtidsstudier/Institute for Futures Studies, Arbetsrapport/Working Paper 2017:1, Stockholm.